

März/April 1995

DIE EINHEIT **VORWÄRTS**

SOZIALISTISCHE GEWERKSCHAFTSZEITUNG

Nummer 1

Preis: 20 Schilling

WEG MIT DEM BELASTUNGSPAKET

Das Belastungspaket (besser bekannt unter „Sparpaket“) der Regierung liegt auf dem Tisch. Neben den Kürzungen der Sozialleistungen werden einige Grundzüge sichtbar. Den Unternehmern geht es um die Umschichtung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen zu ihren Gunsten und um die Umverteilung von unten nach oben.

Gehmacher Michael

Die Regierung zieht diese von den Unternehmern gewünschte Politik durch und nennt es „Europareife“, Budgetkonsolidierung oder Erfüllung der Maastrichter-Konvergenzkriterien. Ein Budget ist eine in Zahlen gegossene Politik. Die Tatsache, wer eine Regierung unterstützt (zum Beispiel Kronen Zeitung) oder wo sie einspart (zum Beispiel Schuldbildung) zeigt, für wen sie regiert!

Im Handel (wie im ganzen Dienstlei-

stungssektor der Wirtschaft) soll ein schneller Anschluß an „Europa“ durchgezogen werden. Harte Attacken auf Arbeits- und Öffnungszeiten stehen bevor. Viele Beschäftigte, vor allem Betriebsräte werden versuchen, an die kämpferischen Traditionen der GPA anzuknüpfen.

In weiten Teilen Europas, auch in Österreich, sollen staatliche Dienstleistungen privatisiert werden. Eine Privatisierung von Post und Bahn (ÖBB) wird in Österreich scheinbar angegangen, um den Wi-

derstand bei den Beschäftigten zu verschleppen. (siehe ÖBB-Artikel in der Einheit). Die Reste der Verstaatlichten Industrie in Österreich sollen ebenfalls raschest privatisiert werden.

In der Industrie steht die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Lohnstruktur am Wunschzettel der Unternehmer (z.B. Umstellung bei VÖEST oder 4-Schicht-Modell bei General Motors). „Schlanke“ Produkti-

on (mittlere Angestellte als „Übergewicht“), mit Produktionsplänen, die auf Arbeitnehmersitzungen besprochen werden, soll ausgeweitet

werden. Gewerkschaften und Betriebsräte werden dabei als Einteiler eingesetzt und zu Arbeitsorganisatoren, unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Effizienz, degradiert. Viele Betriebsräte werden sich ein Wettrennen um bessere Effizienz mit dem Management liefern und einen Konkurrenzkampf Standort X gegen Standort Y austragen.

Doch es wird auch jene geben, die versuchen werden, soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu verteidigen. Im Sozialbereich stehen Einsparungen, Kürzun-

gen und Kündigungen bevor. Das Beispiel IKL (Interkulturelles Lernen, ein Projekt des Verbandes Wiener Volksbildung) zeigt, wie selbstbewußt die betroffenen Kollegen und KollegInnen handeln können.

Über diese Grundzüge, die auch in den Wünschen der Unternehmer nach Verlängerung der täglichen Normalarbeitszeit, Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten, Privatisierungen, Deregulierung und Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich sichtbar werden, wird öffentlich nicht diskutiert. Engagierte BetriebsrätInnen und KollegInnen müssen miteinander vernetzt werden und in ständiger Verbindung mit VertreterInnen anderer betroffener Gruppen wie SchülerInnen, StudentInnen, ausländische ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose usw. stehen. Eine solche Vernetzung wäre ein erster Schritt gegen das „Sparpaket“ und würde weit über den „linken“ Teller- rand bis tief in die FSG-Basis reichen.

Damit diese Gewerkschaftszeitung auch ein Erfolg wird, sind wir auf Eure Hilfe angewiesen - wir brauchen Geld und Informationen über Neuigkeiten aus den Gewerkschaften.

Schreibt uns über Erfahrungen und Probleme. Wir helfen gerne. ♦

INHALT:

Regierung contra ÖGB	Seite 3
Interkulturelles Lernen	Seite 4
"Sozialer Friede"	Seite 5
Ampfelwang	Seite 7
SPÖ-FSG	Seite 8
"Uns reicht's"	Seite 10
Beamte	Seite 11
ÖBB	Seite 12
SAP	Seite 13
1 Jahr Offensiv	Seite 14

Einige Bedürfnisse müßten erfüllt werden:

1. Information. JedeR, der/die aktiv ist, in der Protestbewegung mitmacht, ist grundsätzlich bereit, allen anderen über aktuelle Probleme, Erfolge oder Aktionen der Unternehmer usw. zu berichten. Im ÖGB kennen MBE-Gewerkschafter die Probleme der Post'ler nur oberflächlich, sitzen beide am Tisch, kommt es zum AHA-Erlebnis. Dies könnte ein AHA-Erlebnis mit weitreichenden Folgen für das Belastungspaket sein.

2. Widerstand. Aktionen und Protest in den Betrieben müßte organisiert werden. Die KollegInnen im Betrieb müßten über alle Information verfügen - zum Beispiel über den Ablauf von Kündigungen. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen müssen offen diskutiert werden. Ein Anfang können Protest-Unterschriftenlisten wie die Aktion „Guten Morgen ÖGB“ sein.

3. Überparteilichkeit. Über Ziele und Methoden muß offen gesprochen werden. Um den Kampf gegen den Sozialabbau in den Betrieben voranzutreiben, müssen wir für eine konsequente Interessensvertretung kämpfen. Die FSG-Führung instrumentalisiert die Unterstützung der Beschäftigten für die FSG für die Unterstützung der Politik der Regierung und der SPÖ-Führung.

Viele KollegInnen sind jedoch angewidert vom praktizierten Fraktionszwang und der Packelei hinter verschlossenen Türen. Immer mehr Namenslisten kandidieren bei Betriebsratswahlen, an erster Stelle ihres Programms steht: mehr Information.

Eine solche Vernetzung aktiver GewerkschafterInnen hätte einen breiten Rückhalt in der arbeitenden Bevölkerung und in den Belegschaften, sie könnten einen enormen Druck im ÖGB erzeugen und viele Gewerkschaftsmitglieder mit der Idee von Kampfmaßnahmen vertraut machen.

Um der Protestbewegung gegen das Belastungspaket der Regierung und gegen den Sozialabbau das nötige Gewicht zu verleihen, müssen große Teile der Gewerkschaftsbasis für Kampfmaßnahmen gewonnen werden. Die Mobilisierung in den Betrieben, in den Schulen und Universitäten ist ein notwendiger Schritt, den wir machen müssen. Die Plattform gegen das Belastungspaket der Regierung ruft zu einer Demonstration gegen den Sozialabbau am 25.3.1995 auf - ein erster Schritt. Der Widerstand gegen den Sozialabbau muß in die Gewerkschaften getragen werden. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen und Aktionen gegen den Sozialabbau können der Ausgangs-

punkt für eine starke Gewerkschaftsbewegung sein. ♦

P.S. Die Unterschriften-Liste „GUTEN MORGEN ÖGB!“ war ein großer Erfolg. 1.500 Personen haben mit ihrer Unterschrift den ÖGB aufgefordert, eine bundesweite Betriebsrätekonferenz durchzuführen. Am 10. Februar 1995 haben einige BetriebsrätInnen und Personalvertreter diese Unterschriften dem ÖGB-Zentralsekretär Koll.

Drochter übergeben. Doch wir konnten in einer fast zweistündigen Diskussion in der ÖGB-Zentrale unsere Forderungen nicht durchsetzen: Es wird keine bundesweite BR-Konferenz des ÖGB geben. Außerdem wird der ÖGB offiziell die Protestdemonstration gegen das Belastungspaket am 25. März nicht unterstützen.

Weitere Infos gibt es bei der Redaktion: DIE EINHEIT, Postfach 2, 1082 Wien. ♦

Trauer, Wut und Widerstand

Die Nummer 1 der Einheit. Auch diese (Doppel-) Ausgabe steht im Zeichen des „Sparpakets“ der Regierung. Am 25. März 1995 findet in Wien eine bundesweite Demonstration gegen den Sozialabbau statt:

**Plattform gegen das Belastungspaket
Weg mit dem Belastungspaket!
Samstag 25. März 1995
Treffpunkt: 13.30 Westbahnhof
Abschlusskundgebung vor dem
Parlament um 15 Uhr**

VORWÄRTS ruft auch zu dieser Demonstration auf. Aber damit ist es nicht getan. Auch nach der Demo müssen die Aktionen gegen die Regierungspolitik fortgesetzt werden. Die UnterstützerInnen-Liste für diese Demo kann sich sehen lassen. Ob diese Plattform eine Ausgangsbasis für weitere gemeinsame Initiativen sein kann, hängt vom Erfolg unserer Arbeit ab. Der ÖGB wird sich an der Plattform und an der Demo nicht beteiligen. Koll. Drochter vom ÖGB hat uns bei der Übergabe der ca. 1.500 Unterschriften für die Aktion „Guten Morgen ÖGB“ in der ÖGB-Zentrale mitgeteilt, daß „dem ÖGB die weitgehende Verhinderung des Sparpaketes gelungen ist“. Eine gewagte Äußerung, denn die Tatsachen verhalten sich genau umgekehrt. Der ÖGB wird auch weder eine bundesweite Betriebsräte-Konferenz noch bundesweite Aktionen gegen das Belastungspaket der Regierung durchführen.

VORWÄRTS und **DIE EINHEIT** werden auch weiterhin Widerstand organisieren. Da uns bewußt ist, daß Nein nicht alles sein kann, haben wir ein politisches Programm. Sozialistische Politik kann sich nicht mit der Regierungspolitik abfinden. Wir stellen dem kapitalistischen Krisenmanagement eine sozialistische Alternative entgegen. Die Passivität des ÖGB in Zeiten massiver Angriffe auf die Arbeiter-

schaft zeigt, warum ein konsequenter sozialistischer Kurs auch in den Gewerkschaft notwendig wäre.

Der rechtsextreme Terror, dem vier Menschen, Angehörige der Volksgruppe der Roma und Sinti, im Burgenland zum Opfer gefallen sind, ist Anlaß für einen Blick hinter die Kulissen. Rechtsextremes Terror hat ein politisches Umfeld. Es gibt auch Stützpunkte der Freiheitlichen in der Personalvertretung, besonders bei der Polizei und bei den Straßenbahnern der Gemeinde Wien (AUF - FA), und in der Arbeiterkammer. **VORWÄRTS** und **DIE EINHEIT** unterstützen das AKÖ (Antifaschistisches Komitee Österreichs - Jugend gegen Rassismus in Europa) im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Wir sehen aber auch die Auswirkungen der „Ausländer-Gesetz“, die wir entschieden bekämpfen. Können wir uns auf den Staat verlassen im Kampf gegen Rechtsextremisten - nein, natürlich nicht. Wir müssen selbst, in jeder Hinsicht, Widerstand organisieren und den Kampf gegen rechte Hetzer aufnehmen. Dazu ein wichtiger Termin:

Jugendkongreß gegen rechte Hetzer und Sozialabbau am 1. und 2. April 1995 im HdB Praterstern von JRE Österreich. (Infos bei der Einheit-Redaktion)

Abschließend ein Appell an alle Leser und Leserinnen: Die politische Arbeit braucht Geld. Abonniert **VORWÄRTS** und **DIE EINHEIT**. Und vor allem: Spenden, damit wir den Kampf gegen den Sozialabbau organisieren können.

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733.

Die Redaktion/März 1995

Impressum: MHV Verein Vorwärts zur sozialistischen Demokratie, PF 2, 1082 Wien. Eigenvervielfältigung.

Der Erfolg der Regierung

Die Regierungskoalition unter der Führung von SPÖ-Vorsitzenden Vranitzky und ÖVP-Vorsitzenden Busek kann bereits Erfolge verzeichnen. Das sogenannte „Sparpaket“ konnte weitgehend durchgesetzt werden - mit einigen kosmetischen Korrekturen. Der „Erfolg“ der Regierung besteht darin, die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt zu haben.

Die Gewerkschaften Öffentlicher Dienst, Gemeindebedienstete, Post und Eisenbahn mußten empfindliche Kürzungen der Einkommen, der Pensionen und Sozialleistungen hinnehmen. Diese Gewerkschaften haben einen besonderen Stellenwert im ÖGB, weil ihr Organisationsgrad sehr hoch ist. Die Gewerkschaftsführung der GdG verkauft zum Beispiel den Abschluß der Verhandlungen mit der Regierung als kleinen „Erfolg“, weil dieser Abschluß Schlimmeres verhindert - zum Beispiel das einmalige Aussetzen des Biennalsprungs. Die Gewerkschaftsführung ist stolz darauf, mitgeholfen zu haben, das Budget zu „stabilisieren“.

Regierung setzt ihre Wünsche weitgehend durch

Die Regierung mußte zwar einige Zugeständnisse bei ihren Sparplänen machen, doch zum Ausgleich bekam sie von der Gewerkschaftsführung neue „Erfolge“ frei Haus geliefert. Beim Öffentlichen Dienst, bei den Gemeindebediensteten und bei der Post wird es zwar vorläufig kein Aussetzen eines Biennalsprungs geben, dafür gilt der heurige Lohn- und Gehaltsabschluß (Erhöhung von 2,87%) bis 31. März 1996! 3 Monate im Jahr 1996 wird es keine Gehaltserhöhung geben! Obwohl die Regierung nicht die im Arbeitsübereinkommen festgelegten Kürzungen zur Gänze vollziehen kann, hat sie doch bewiesen, daß die Gewerkschaften handzahn dem „Sparpaket“ der SPÖ-ÖVP-Koalition schlußendlich doch zustimmen. Natürlich mußte die ÖGB-Führung gegen das „unausgewogene“ Paket poltern. Die ÖGB-Basis (vor allem die Betriebsräte und mittleren Funktionäre) war verständlicherweise empört über die geplanten Kürzungen.

Proteste der ÖGB-Führung: Dampf ablassen!

Die verbalen Proteste von Verzetnitsch, Sallmutter & Co. können auf folgende Art beschrieben werden: Aufregen, Dampf ablassen, hinter verschlossenen Türen mit der Regierung packeln, dem „Sparpaket“

aus staatspolitischer Verantwortung zustimmen. Das war's dann. Schließlich versichert uns dann die FSG-ÖGB-Führung: *Solche Kürzungen gibt es nie wieder.* Bevor wir aber darauf vergessen: Die Eisenbahner-Gewerkschaft hat mit dem ÖBB-Vorstand ein neues Dienstrecht verhandelt und weitreichende Verschlechterungen für die neuen Beschäftigten (ab 1.1.1995) hinnehmen müssen. Die Gewerkschaft war aber auf eines stolz - sie hatte einen erhöhten Kündigungsschutz erreicht, der automatisch, für verschiedene Gruppen von Beschäftigten gestaffelt, eintreten sollte. Doch die Regierung, besonders SPÖ-Minister Klima, verlangte eine Korrektur und dieser Vertrag hielt nur ein paar Wochen: Der erhöhte Kündigungsschutz KANN jetzt nur vom ÖBB-Vorstand den einzelnen Beschäftigten gewährt werden, muß aber nicht. Nach dem Abschluß der Verhandlungen mit den Gewerkschaften Öffentlicher Dienst, Gemeindebedienstete und Post verlangt nun die Regierung (Klima und Korosec) von der Eisenbahner-Gewerkschaft dementsprechende Kürzungen.

ÖGB-Führung akzeptiert kampflös Sozialabbau

Die Moral von der Geschichte: Die FSG-ÖGB-Führung (Nürnberger, Sallmutter etc.) haben ohne Verhandlungsmandat ihrer Gewerkschaften den Kürzungen zugestimmt. Die ÖGB-Führung hat nicht einmal den Versuch gemacht, die Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren. Es hat keine bundesweite Betriebsrätekonferenz, keine bundesweiten Aktionstage und ernsthaften gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegeben. Diese ÖGB-Führung hat auf ganzer Linie versagt, die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder zu vertreten. Ihre Forderung nach einer „Solidarsteuer“ wurde zwar von der SPÖ offiziell angenommen, aber sonst passierte nichts. Für Vranitzky ist diese „Solidarsteuer“ für Einkommen über 50.000,- Schilling „kein Thema“. Abgesehen davon wäre diese „Solidarsteuer“ nur ein Aufputz beim Sozialabbau gewesen. Und die Unternehmer? Die Aufstokkung der Pensionsbeiträge für Selbstständige und Bauern wurde nach Protesten der Wirtschaftskammer gleich abgesagt. Lediglich die Grundlage der Berechnung für die Pensionsbeiträge verschlechtert sich ein bißchen - ein paar Millionen sollen die Selbständigen aufbringen. Die ursprünglich geplante Erhöhung der Kommunalabgabe steht in keinem Verhältnis zu den Begünstigungen, die die Kapitalisten erhalten haben - zum Beispiel durch

Dafür kämpft Vorwärts

- ☛ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ☛ 12.000 öS Mindestlohn netto für alle ArbeitnehmerInnen!
- ☛ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jedeN und demokratische Schulen!
- ☛ 30 m² Wohnraum für jedeN, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- ☛ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Umweltschutz und Arbeitsplätze müssen keine Gegensätze sein.
- ☛ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
- ☛ Kampf um jeden Arbeitsplatz und um soziale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung und ihrer Familien!
- ☛ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ☛ Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung von In- und AusländerInnen!
- ☛ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten! Schluß mit der Privatisierungspolitik!
- ☛ Nein zur Sozialpartnerschaft.
- ☛ Facharbeiterlohn für bezahlte Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ☛ Für eine gewerkschaftliche Offensive gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit!
- ☛ Für eine starke, internationalistische und offensive Gewerkschaftsbewegung!
- ☛ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
- ☛ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ☛ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

die Steuerreform. Nach heftigen Protesten der Wirtschaftskammer kommt die Erhöhung der Kommunalabgabe nicht, sondern wahrscheinlich eine Senkung des Investitionsförderungsbeitrages von 15 auf 9%. Das soll 3,8 Milliarden Einnahmen für die Gemeinden bringen und ihre Kosten für den EU-Beitrag größtenteils tragen. Überhaupt muß man aber feststellen, daß zwar Belastungen der Kapitalisten diskutiert werden, aber selten (nie im geplanten Umfang) umgesetzt werden. Die Regierung hat immer ein offenes Ohr für Anliegen der „Wirtschaft“ - das heißt der Kapitalisten und Reichen.

Anspruch und Wirklichkeit

Der Anspruch des ÖGB, „sozial ausgewogene“ Kürzungen und Einsparungen zu erreichen, wurde von der SPÖ-Spitze nicht einmal ernst genommen. Niemand in der ÖGB-Spitze stellt überhaupt die Frage, warum eigentlich die Belastungen für die Arbeitnehmer und der Sozialabbau notwendig wären. Wie Analysen der Einkommens- und Reichumsverteilung in Österreich zeigen, wird bereits eine massive Umverteilung von den ArbeitnehmerInnen hinzu den Einkommen aus Kapital und Besitz vorgenommen. Warum werden die Kapitalisten vom Staat verschont und begünstigt? Hat denn die Gewerkschaft jeden Anspruch auf Umverteilung und auf Verbesserung des Lebensstandards für ArbeitnehmerInnen aufgegeben? Wie steht es mit der sozialen Absicherung? Und die ÖGB-Führung unter Verzetnitsch spielt ein übles Spiel mit den eigenen Mitgliedern. Bei einer Demonstration der Gewerkschaftsjugend (Februar 95) stimmt Verzetnitsch kämpferische Reden an, bei den „Sparpaket“-Verhandlungen wird aber mit der Regierung gepackelt ohne die Gewerkschafts-Öffentlichkeit zu informieren.

„Gute alte Zeit“ der Institution Sozialpartnerschaft vorbei

Dieses Spiel kennen wir zur Genüge: Die ÖGB-Gewerkschaften geben vor den Verhandlungen mit den Tarifpartnern (Unternehmerverbände und öffentliche Dienstgeber) ihr Ziel und ihre Forderungen nicht an. Daher kann es auch kein Verhandlungsmandat für die Führung geben - die Spitzen der Gewerkschaft entscheiden im Alleingang. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen ist damit immer auch ein „Erfolg“ - mehr war dann einfach nicht drin. Niemand kann über-

prüfen, wie sich die Gewerkschaftsfunktionäre in den Verhandlungen verhalten haben. Die ÖGB-Führung trauert ja noch immer den „guten alten Zeiten“ der Institution Sozialpartnerschaft nach, wie sich ÖGB-Spitze und Wirtschaftskammer alles hinter verschlossenen Türen ausgehandelt haben. Im ÖGB will die Gewerkschaftsführung bis heute keine offene Diskussion über Ziele und Politik des ÖGB.

Wehrloser ÖGB?

Und jetzt: Wehrlos steht der ÖGB den Forderungen und Attacken der Unternehmerverbände, der Regierung und den bürgerlichen Parteien gegenüber, völlig in die Defensive gedrängt. Wehrlos, weil die ÖGB-Führung keinen Kampf führen will. Warum? Die Ursache ist in der vollständige Integration der ÖGB-Führung in den Staatsapparat, in die politische Spitze des Landes und in den bürokratischen Apparat der SPÖ zu suchen. Diese Einbindung hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Haltung des ÖGB-Apparates und der Spitzenfunktionäre.

Falsche Hoffnungen

Wenn auch die ÖGB-Führung uns glauben machen will, daß die schweren Angriffe der Unternehmer und der Regierung auf unseren Lebensstandard vorbei sind, die Wirklichkeit sieht anders aus. Diese Ansicht wäre eine gefährliche Illusion. Mit dem diesjährigen Budgetkürzungen hat die Regierung die Tür aufgestoßen - ihre Politik hat sich gegen die Gewerkschaften durchgesetzt. Die ÖGB-Spitze überspielt die Tatsache, daß diese Regierungspolitik eine Niederlage für die Gewerkschaften ist. Es wäre ebenso eine Illusion zu glauben, daß diese ÖGB-Führung fähig wäre, aus ihren Fehlern zu lernen. Sie spricht nicht einmal die unmittelbaren Perspektiven der Regierungspolitik an. Bereits jetzt liegen Forderungen nach weiteren sozialen Kürzungen und Belastungen für die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien auf dem Tisch. Es muß zwangsläufig zu Verteilungskämpfen zwischen Arbeitnehmerschaft und Kapital kommen - auch ohne offizielle ÖGB-Erlaubnis. Die Gewerkschaften stehen also vor großen sozialen Kämpfen - wie diese Kämpfe verlaufen werden, hängt von der Kampfbereitschaft und Politik der Gewerkschaften ab.

Die Redaktion, März 1995 ♦

Neues Aufenthaltsrecht für türkische StaatsbürgerInnen

Ein spezielles Abkommen der Türkei mit der damals noch als EWG firmierenden Europäischen Union (EU) schreibt folgende Bestimmungen für türkische StaatsbürgerInnen nunmehr auch in Österreich fest: Nach einem Jahr ordnungsgemäßer Beschäftigung Anspruch auf Erneuerung der Arbeitserlaubnis beim gleichen Arbeitgeber, nach drei Jahren besteht die Möglichkeit der Bewerbung für den gleichen Beruf bei anderen Arbeitgebern (Abwesenheit vom Arbeitsplatz wegen Mutterschaft ist Zeiten ordnungsgemäßer Beschäftigung gleichgestellt). Nach vier Jahren besteht das Recht auf freien Zugang zu jeder Beschäftigung. Die Kinder türkischer ArbeitnehmerInnen können sich nach Abschluß einer Berufsausbildung für jedes Stellenangebot bewerben, sofern ein Elternteil in Österreich mindestens drei Jahre ordnungsgemäß beschäftigt war.

P.S. Die „Ausländer-Gesetze“ werden von der Regierung novelliert und angeblich entschärft. Wir werden in den nächsten Ausgaben der Einheit die Situation analysieren. Im Grunde wird die stückchenweise Änderung der Gesetze keine Abschaffung der gesetzlichen Diskriminierung von ausländischen ArbeitnehmerInnen bringen. ♦

Interkulturelles Lernen

Vizebürgermeisterin Laska will per 30.6.1995 die Interkulturelle Lernbetreuung einstellen. Dieses Projekt des Verbandes Wiener Volksbildung betreut 4.000 Kinder in allen Wiener Bezirken, an die 360 KollegInnen arbeiten für die IKL, zum großen Teil KollegInnen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft. Die Kündigungen aller Beschäftigten wurde dem Betriebsrat des Verbandes Wr. Volksbildung bereits übergeben. Es gibt aber bis jetzt (28.2.1995) nur ein Lippenbekenntnis der Wiener Stadtregierung, weiterhin eine interkulturelle Lernbetreuung im Regelbetrieb von Schulen einzurichten. Es gibt keine Sicherheit, daß die KollegInnen weiterhin beschäftigt werden. Es droht die Gefahr, daß ausländische KollegInnen nach der Kündigung abgeschoben werden. ♦

Mit 616 Milliarden Schilling Ausgaben für Sozialleistungen oder einer Sozialquote (Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt) von 29,9 Prozent lag Österreich 1993 im internationalen Vergleich mit den anderen Staaten im oberen Drittel.

Thomas Kerschbaum,
Personalvertreter in der
Gemeinde Wien (MA 15/47),
Namenslistenverbund KIV

Die offizielle Ansicht des ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund, Dachorganisation aller Einzelgewerkschaften) zum Sozialstaat lautet so: „...Wirtschaftswachstum, Ausbau des Sozialstaates, Regulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch die Kooperation von Staat, Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern erhielten die Vollbeschäftigung und den sozialen Frieden.“ (aus: Kompetenz, GPA-Zeitung, Nr. 2/95, 13.2.95, „Umverteilung ist Sozialer Friede“)

Das geheimnisvolle „Ding“ Sozialpartnerschaft

Doch jetzt in Zeiten der großangelegten Privatisierung, der Deregulierung der Wirtschaft, der Reallohnverluste und der steigenden Arbeitslosigkeit bricht anscheinend eine Welt für die kleinkarierten österreichischen Gewerkschaftsführer ein. Hinter den Fassaden des Nachkriegsaufschwungs und der Sozialpartnerschaft war die österreichische Welt nie heil und geborgen. Bereits nach dem Krieg sorgten die 5 Lohn-Preis-Abkommen der Gewerkschaften mit der Koalitionsregierung SPÖ-ÖVP für Reallohnverluste der Arbeiterschaft. Die Last des industriellen Aufbaus und der Wiederrichtung einer kapitalistischen Gesellschaft mußten die ArbeiterInnen tragen. Österreich blieb auch in den Jahren des langen Wirtschaftsaufschwungs ein relatives Niedrig-Lohn-Land (verglichen mit Westeuropa), die Sozialleistungen waren nie so berühmt wie ÖGB-Spitzenfunktionäre so gerne erzählen.

Die Sozialpartnerschaft bedeutet in der Praxis die Zusammenarbeit von Gewerkschaftsfunktionären und Kapitalisten hinter verschlossenen Türen. Wie dieses „Ding“ aber funktioniert, wurde nie völlig für die Basis offengelegt. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer und „kleinen“ Betriebsräte hatten nie die Möglichkeit, wirklich mitzuverfolgen, wie Verhand-

Mythos "Sozialer Friede"

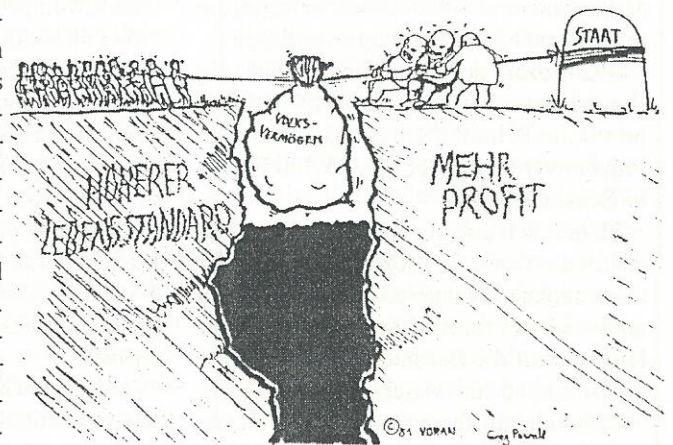
lungen (auch informelle) auf höchster Ebene aussehen - geschweige denn wie Abschlüsse erzielt werden. Die Institution Sozialpartnerschaft bedeutet in der Praxis, daß die Gewerkschaften auf ihre Kampfmittel völlig verzichten und sich den Bedürfnissen der Kapitalisten unterwerfen. Die erreichten Sozialleistungen im Rahmen der Sozialpartnerschaft sind natürlich zu begrüßen, wenn sie die Lage der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien verbessern. Aber das kann doch nicht alles gewesen sein. Bei wirklicher Mobilisierung der Arbeitnehmer und offener Diskussion in den Gewerkschaften könnte viel mehr erreicht werden. Und durch die ideologische Anerkennung der Institution Sozialpartnerschaft werden die grundsätzlichen Konflikte zwischen Arbeiterschaft und Kapital zugedeckt, verschleiert - und der Kapitalismus als System völlig akzeptiert.

ÖGB-Basis von Führung zur Passivität verurteilt

Die „Sozialpartnerschaft“ fördert eine gewisse Haltung in der Gewerkschaft: Die da oben machen das schon. Aber die da oben - die ÖGB- und SPÖ-Führung - kümmern sich herzlich wenig um die Wünsche der Gewerkschaftsmitglieder nach Demokratie und kämpferischen Auftreten. Sie haben es sich bequem gemacht in den politischen Gremien des Staates, in den Aufsichtsräten der Unternehmen, im Gewerkschaftsapparat u.s.w. Sie haben Privilegien und soziale Absicherung, haben hohe Gehälter, müssen nicht in die Arbeitswelt der privaten Unternehmer u.s.w. Doch die Zeiten ändern sich - der Wind der Veränderung bläst den ÖGB-Funktionären ins Gesicht. Jetzt rächt sich für die Gewerkschaftsbewegung, daß die ÖGB-Mitglieder und Basis-Betriebsräte in Passivität gehalten wurden. Die Gewerkschaften leiden seit Jahren unter chronischem Mitgliederverlust, junge Mitglieder bleiben fast völlig aus. Der ÖGB wird vielfach als Service-Verein gesehen - mit Service-Card, billigem Urlaub, Immobilien-

verwaltung und Wirtschaftskonzern (BAWAG, Konsum). Es gibt zwar linke Betriebsräte und Gewerkschaftsgruppen, engagierte Funktionäre und viele kleine Aktivitäten an der Gewerkschaftsbasis, aber bis jetzt hat sich keine Protestbewegung in den Gewerkschaften herausgebildet. Nur lauter

Wir ziehen alle an einem Strick...



Unmut ist in manchen Bereichen der Gewerkschaften zu hören. Koll. Sallmutter sagte, daß die Gewerkschaft „kein Bienezüchterverein sei“, sondern eine Kampforganisation. Ja und, wie sehen die Taten der ÖGB-Führung aus?

Im bereits oben erwähnten Artikel in der GPA-Zeitung „Kompetenz“ (Februar 1995) wird beklagt, daß die Regierung mit dem einseitigen „Sparpaket“ den sozialen Frieden bedrohe. Eindringlich wird gewarnt: „...Die Regierung hat also die Wahl: Weitere Umverteilung nach oben, mit allen daraus erwachsenden Folgen (Streiks, Krawalle, soziale Desintegration), oder eine vernünftige Aufteilung der Lasten auf alle und damit eine sozial gerechtere Gesellschaft, der sozialer Friede etwas bedeutet.“

Politik für die Kapitalisten und Reichen

In vielen Untersuchungen wird auf die krassen Unterschiede in der Verteilung der Einkommen und Vermögen in Österreich hingewiesen:

- ☉ „Zehn Prozent der Unternehmer kontrollieren 80 Prozent des Betriebsvermögens.
- ☉ Zehn Prozent der Grundbesitzer besitzen 50 Prozent des Landes.
- ☉ Ein Prozent der Vermögenden besitzt 25

Prozent des gesamten Reichtums des Landes.

☛ Die reichsten zehn Prozent verfügen über 60 Prozent allen Vermögens. (Ein Drittel der Österreicher ist besitzlos.)

☛ Von 1977 bis 1986 wuchs der Anteil der reichsten zehn Prozent am Gesamtvermögen von 56 auf 64 Prozent.

☛ Das einkommensstärkste Zehntel der Bevölkerung verdient netto 14 mal (Selbständige) bzw. 11 mal (Unselbständige) soviel wie das einkommensschwächste Zehntel.

☛ Österreich hat 40.000 Topverdiener, 150 Milliardäre und 400.000 Beschäftigte, die unter 12.000 Schilling brutto verdienen.

☛ 92 Prozent der 3,1 Millionen abhängig Beschäftigten verdienen unter öS 36.000,- brutto, im Schnitt öS 16.200,- brutto. 7,5 Prozent verdienen über öS 36.000 brutto, im Schnitt 53.400,-.

☛ Unter den abhängig Beschäftigten beziehen die oberen 20 Prozent 40 Prozent der Gesamtlöhne, die unteren 20 Prozent knapp unter sieben Prozent (dies soll ein kleiner Hinweis auf die Besteuerung des 13. und 14. Gehalts ab 40.000 Schilling brutto sein).

☛ Branchendifferenzen und Differenzen zwischen Männern und Frauen sind im Vergleich zu anderen europäischen Staaten einmalig hoch.“

(aus: „Kompetenz“, Nr. 2/95)

Gewerkschaften haben kampfflos Sozialabbau hingelassen

Die Gewerkschaften sind jedoch weder gegen den schleichenden Sozialabbau aufgetreten, der sich zum Beispiel so ausdrückt: Die Arbeitslosenunterstützung wird gespreizt - also gesenkt. Oder die Zugangsbestimmung zur Sozialhilfe werden verschärft. Noch hat sich der ÖGB gegen die Begünstigungen der Kapitalisten und Reichen gewehrt (Presseaussendungen können wohl kaum als Widerstand gelten):

„...In den letzten Jahren wurden steuerpolitische Maßnahmen gesetzt, die den bestehenden Unterschied zwischen reich und arm noch vergrößerten. Besonders Spitzenverdiener wurden steuerlich „entlastet“:

☛ Der Spitzensteuersatz wurde von 62 Prozent auf 50 Prozent abgesenkt.

☛ Die Vermögenssteuer wurde abgeschafft (sie brachte bis 1993 rund 8,3 Mrd. Schilling).

☛ Einkünfte aus Kapitalvermögen wurden von der Einkommenssteuer befreit und statt dessen mit der niedrigen Kapitalertragssteuer belastet. Die Spitzenverdiener lukrierten 1993 insgesamt 17 Mrd. Schilling

an Zinserträgen; bis 1992 hätten sie 8,5 Mrd. Schilling Einkommenssteuer zahlen müssen, durch die heutige KEST sind es nur mehr 3,7 Mrd. Schilling.

☛ Der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Steuern der privaten Haushalte stieg dafür in den vergangenen 15 Jahren um 4,5 Prozent.

☛ Die Gewinnsteuern von Kapitalgesellschaften betragen in Österreich die Hälfte derjenigen in den EU-Staaten.

☛ Die 40 Mrd. Schilling hinterzogenen Steuern bedeuten einen Steuerausfall von 16 Mrd. pro Jahr.“

(aus: „Kompetenz“, 2/95)

Aber nicht nur das: Heuer soll die Privatisierung von staatlichem Eigentum (zum Beispiel Verstaatlichte Industrie, Banken, Bundesforste u.s.w.) nach Angaben der Regierung ca. 13 Milliarden Schilling für das Budget bringen. Das „Familiensilber“ der Republik wird verscherbelt. Im Zuge des EU-Betriebs wird die Deregulierung der Wirtschaft weiter vorangetrieben. Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse bringen Reallohnverluste...

Völlig zu Recht stellt der Autor des „Kompetenz“-Artikels fest: „Sowohl die enormen, tatsächlichen Verteilungsspielräume, als auch die Steuerpolitik zugunsten der Reichsten, sollen nun durch das Sparpaket komplettiert werden. Auch wenn Sozialdemokraten diese Politik vertreten, bleibt es neoliberale Politik.“

Gewerkschaften warnen vor „bösen“ Krawallen

Und die Schlußfolgerung daraus? Die Gewerkschaftsführung beschränkt sich darauf, ein besseres „Sparpaket“ zu schnüren. Man denke dabei an den Vorschlag, einen befristeten Zuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer von 5% einzuführen. Der Sozialabbau, der die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien (Pensionen, Schulen und Kinder zum Beispiel) trifft, soll durch Belastungen für die Unternehmer aufge bessert werden. Alle sollen zahlen, ist der Slogan - das wäre „gerecht“. Aber warum? Die ÖGB-Führung ist unfähig, aus den vorhandenen Daten und Zahlen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Man warnt vielmehr vor den „bösen“ Auswirkungen - Streiks und Unruhen - vielleicht auch Krawalle? Man hofft auf die „Vernunft“ der Kapitalisten und der Regierung. Diese Hoffnung ist aber in die Kategorie Wunschdenken einzureihen.

Der Kapitalismus ist nicht unparteiisch, es gibt unlösbare Interessensgesetze und unversöhnliche Konflikte zwischen Arbei-

terschaft und Kapitalisten. Das kapitalistische Wirtschaftssystem funktioniert nach seinen Gesetzen - auf die Interessen der Arbeitnehmer kann dabei keine Rücksicht genommen werden. Wir werden daher nur dauerhafte Verbesserungen der sozialen Situation und der Rechte der Arbeitnehmer erreichen können, wenn wir das kapitalistische System in Frage stellen, es politisch bekämpfen und den Illusionen auf eine Zeit des „sozialen Friedens“ entgegen treten. Es gibt keine sozialen Verbesserungen ohne Kampf. Nehmen sich vielleicht die Wirtschaftskammer oder die Industriellenvereinigung ein Blatt vor dem Mund, sind sie vielleicht gemäßigt, denken sie an das Gemeinwohl? Nein, natürlich nicht! Jede Belastung der Unternehmer wird von ihnen heftig bekämpft, sie scheuen sich nicht, auf die Straße zu gehen. Aber die Gewerkschaften sollen ruhig bleiben. Die Arbeitnehmer sollen zum Wohl „des Staates“ den Gürtel enger schnallen. Die ÖGB-Spitzenfunktionäre und große Teile des Gewerkschaftsapparates lassen sich nicht nur bei Verhandlungen über den Tisch ziehen (siehe Lohnabschlüsse und Sparpaket), sie machen auch munter selber mit - in der Verteidigung der Politik der Vranitzky-Regierung und der offiziellen, bürgerlichen SPÖ-Politik! ♦

WISSEN IST MACHT

BÜCHER

von Konrad M. Hofer

Würdelos. Erfahrungen eines Leiharbeiters. Verlag für Gesellschaftskritik, Aufrisse Buch 15, Herausgeber: Verein Kritische Sozialwissenschaften und Politische Bildung, 1991, ISBN 3-85115-135-6.

Arbeitsstrich. Unter polnischen Schwarzarbeitern. Verlag für Gesellschaftskritik, Aufrisse Buch 19, Herausgeber: Verein Kritische Sozialwissenschaften und Politische Bildung, 1992, ISBN 3-85115-154-2.

Ausgeliefert. Zum Berufsalltag von LKW- und Busfahrern. Verlag des ÖGB, 1993, ISBN 3-7035-0512-5.

Ampfelwang

Am 10. Jänner 1995 tagte im oberösterreichischen Ampfelwang der SPÖ-Parlamentsklub. Ampfelwang liegt im Bezirk Vöcklabruck, einer wirtschaftlichen Krisenregion mit hoher Arbeitslosigkeit. Ausgerechnet hier schwor sich die Führung der SPÖ auf das „Sparpaket“ ein.

●
Ali Kropf;
Mitglied der
GPA-Jugend OÖ

Die FSG-Vertreter verlangten die Aufnahme einer Solidarsteuer in das „Sparpaket“. Wie wir jetzt alle wissen, waren die Zugeständnis der Parteiführung in Sachen Gewerkschaft nur ein Lippenbekenntnis ohne Auswirkung.

Die Krisenregion Ampfelwang hat ihre Misere den ständigen Schließungen im Bereich der Verstaatlichten Industrie zu verdanken - wie zum Beispiel dem Auslaufen des WTK-Bergbaus. Anstatt die Schließungen weiterer Betriebe zu stoppen oder neue Arbeitsplätze zu schaffen, versuchten die Bundesregierung und die Landesregierung Oberösterreichs, dieses Gebiet für den Tourismus zu erschließen. So entstand auch der noble Robinson-Club - der Ort, wo die SPÖ-Tagung in Sachen „Sparpaket“ stattfand.

Als Protest gegen das „unsoziale“ Sparpaket veranstaltete der ÖGB-Oberösterreich einen Fackelzug vor dem Robinson-Club. Man rechnete mit ungefähr 700 Teilnehmern, tatsächlich kamen dann über 2.000 Demonstranten, um ihren Unmut gegen das Belastungspaket der Regierung zu zeigen. Aber die ÖGB-Spitze hatte es anders geplant. Die Kundgebung, wie der Fackelzug offiziell genannt wurde, sollte auf keinen Fall kämpferisch werden, sondern nur symbolischen Charakter haben. So marschierten dann die rund 2.000 Demonstranten, teilweise mit Fackeln, leise den

Berg hinauf, wo sich der Robinson-Club befindet. Es gab keine Sprechchöre oder Forderungsrufe, sondern lediglich ein paar Transparente. Kurz vor dem Ende reihten sich dann sogar Verstaatlichten-Minister Klima und ÖGB-Präsident Verzetnitsch in den Fackelzug ein.

Auf der anschließenden Schlußkundgebung wurde dann nochmals betont, daß es sich um eine Kundgebung handle und nicht um eine Demonstration. Dort sprachen Bundesminister Klima, Roland Kaltenbrunner (Bürgermeister von Ampfelwang) und ÖGB-Präsident Verzetnitsch, der in seiner Rede natürlich nur auf die „Solidarabgabe“ einging. Die rund 2.000 Teilnehmer des Fackelzuges, unter ihnen waren viele aus der Umgebung von Ampfelwang gekommen, waren sichtlich enttäuscht, sie hatten sich mehr von dieser Aktion erwartet.

Während des Fackelzuges und der Schlußkundgebung waren VORWÄRTS-Unterstützer die einzigen, die Unterschriften gegen das Belastungspaket sammelten. Insgesamt unterschrieben in der kurzen Zeit an die 100 Teilnehmer für die Aktion „Guten Morgen ÖGB!“, darunter waren zum Beispiel der Bürgermeister von Ampflwang sowie einige Betriebsräte und AK-Angestellte. Nach etwa 15 Minuten war auch die Schlußkundgebung vorbei und die Teilnehmer wurden nach Hause geschickt. Frustriert und enttäuscht zogen die Demonstranten wieder ab; wieder war es der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie und -führung gelungen, den Unmut der Bevölkerung gegen das „Sparpaket“ zu kanalisieren und schließlich verpuffen zu lassen.

Vier-Viertel-Gesellschaft

Bereits 20 bis 30 Prozent der Beschäftigten sind nicht durch das Arbeits- und Sozialrecht geschützt. Dabei handelt es sich vorwiegend um Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, freie Mitarbeit, scheinbare Werkverträge, Leiharbeit und ähnliche Arbeitsverhältnis-Konstruktionen. Immer mehr Unternehmen betreiben Kosteneinsparung auf dem Rücken der Beschäftigten - sie müssen eine schwerwiegende Benachteiligung hinnehmen. Außerdem sparen sich die Unternehmer Sozialabgaben. Die Experten der AK-Wien kritisieren diese Entwicklung (Arbeits- und sozialrechtliche Tagung der AK-Wien, Herbst 1994): Ohne Gegensteuerung muß dies zur Vier-Viertel-Gesellschaft führen. - Für das obere Viertel bestehen Kündigungsschutz und gesicherte Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitnehmer des zweiten Viertels (Facharbeiter, Angestellte) haben Normalarbeitsverhältnisse ohne Kündigungsschutz, die dritte Gruppe arbeitet in den ungeschützten Arbeitsverhältnissen und die vierte Gruppe sind Leute ohne Arbeitsverhältnis. Die Kapitalisten untergraben alle Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht. Neben den Verschlechterungen für die Arbeitnehmer hat diese Tendenz eine nachhaltige Konsequenz: Die Arbeitnehmer werden in verschiedene Gruppe aufgespalten. Dies fördert die Entsolidarisierung in der Arbeitnehmerschaft und die Aufspaltung der Gewerkschaften. Die Kapitalisten profitieren nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch durch die Schwächung der Gewerkschaften. ♦

Kürzung der „Arbeitslose“

Stand vom 28.2.1995: Nicht nur das Arbeitslosengeld bei den früheren Besserverdienenden soll gekürzt werden (kolportierte Grenze 22.000 Schilling brutto), sondern auch bei Kleinverdienern. Jetzt soll die Unterstützung für Arbeitslose, die früher 14.000 Schilling brutto verdient haben, gekürzt werden. Die Regierung ist sehr erfindungsreich, wenn es um Kürzungen im Sozialbereich und bei Sozialleistungen geht. Im Laufe der Diskussion um die Umsetzung des „Sparpaketes“ zeigen sich die wahren Ausmaße des Sozialabbaus. Jeden Tag neue Ideen zum Sozialabbau - die Regierung ist sehr aktiv. ♦

Derzeit beziehen laut Arbeiterkammer etwa 45.000 Personen erhöhtes Karenzurlaubsgeld. Davon sind nur etwa 15.000 Bezieherinnen alleinerziehende Mütter. Von einer Abschaffung oder Reduzierung wären sogar überwiegend junge Familien mit geringem Einkommen betroffen. ♦

Lohnabschluß der ArbeitnehmerInnen des Mineralölgroßhandels: Die KV-Mindestlöhne werden um 3,8 Prozent, die Ist-Löhne um 3,5 Prozent erhöht. Für alle Beschäftigten wurde eine einmalige Sonderzahlung von 2.000 Schilling vereinbart, die bis 1.7.1995 ausbezahlt werden muß. ♦

SPÖ - FSG: Siamesische Zwillinge?

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs hat eine Reihe von Referaten und befreundeten Organisationen. Eine dieser befreundeten Organisationen ist die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter im ÖGB. Im Parteistatut ist genau festgehalten, daß SPÖ-Mitglieder ebenfalls Mitglieder der FSG sein sollten. Diese enge Verknüpfung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften reicht zurück bis zur Entstehung der sozialdemokratischen Massenparteien. Die europäische Sozialdemokratie wurde aus der Gewerkschaftsbewegung heraus ins Leben gerufen, es entstanden vor allem in Mitteleuropa sozialdemokratische Massenparteien.

Thomas Kerschbaum

Österreich stellt in diesem Zusammenhang sicherlich eine besondere Entwicklung dar: Die österreichische Sozialdemokratie bestimmte als einzig große Arbeiterpartei die Gewerkschaften. In der Zwischenkriegszeit gab es zwar Richtungsgewerkschaften, aber da die Kommunistische Partei nie die organisatorische Stärke wie in Deutschland, Frankreich oder Italien erreichte, blieb ihr Einfluß gering.

In der 2. Republik verstärkte sich die Machtposition der SPÖ in den Gewerkschaften mit der Gründung einer „Einheits-Gewerkschaft“, dem ÖGB als Dachverband mit Einzelgewerkschaften - in denen (parteilpolitisch orientierte) Fraktionen arbeiten. Die SPÖ kontrolliert bis heute fast uneingeschränkt den ÖGB. (Eine Ausnahme bildet dabei die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst mit einer ÖVP-Mehrheit.) Der ÖGB entwickelte sich zu einem riesigen, bürokratischen Apparat mit hunderten Sekretären, mit einer Bank, Reisebüro, Immobilien, Unternehmen etc. Dieser Apparat und seine (im besonderen finanziellen) Möglichkeiten stellen an sich schon eine starke Machtposition dar.

Rechte von FSG im Parteistatut der SPÖ verankert

Die FSG hat gemäß dem Parteistatut der SPÖ organisatorische Rechte. Sie entsendet Delegierte zu Parteikonferenzen, Parteigremien und hat ausschließliche Rechte auf die Betriebsarbeit. Aufgrund der großen Dominanz der FSG im ÖGB sind die Grenzen zwischen SPÖ-Fraktion im ÖGB und Gewerkschaft fließend. In der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) gibt es de fac-

to keine Fraktionen, aber diese wird vollständig von der FSG kontrolliert. Auf höchster Ebene gibt es eine weitreichende personelle Verflechtung zwischen SPÖ, FSG und ÖGB. Der Vorsitzende der FSG ist auch stellvertretender SP-Bezirksvorsitzender in Wien-Brigittenau und SPÖ-Nationalratsabgeordneter (neben anderen Parteifunktionen). Da die SPÖ bis auf wenige Jahre immer die Regierung stellte (Große Koalition mit ÖVP, Alleinregierung und Kleine Koalition mit der Steger-FPÖ) und es derzeit eine neue Große Koalition SPÖ-ÖVP gibt, hat dies einerseits weitreichende Auswirkungen auf den ÖGB und andererseits hat der ÖGB eine bestimmte Rolle zu spielen. Der ÖGB stellt jedoch in der SPÖ große Mitgliederkontingente, Funktionäre und Aktivisten und übt auch Einfluß auf die SPÖ aus.

Machtverlust des ÖGB durch Regierungspolitik

Die wirtschaftlichen Krisen mit ihren Auswirkungen (Arbeitslosigkeit, neue Armut, Reallohnverluste) entzogen der lang gepflegten reformistischen Strategie der FSG-Führung die Grundlage. Quantitatives wirtschaftliches Wachstum soll die Basis für Verteilung von Reichtum und Einkommen sein: Hohe Profite für die Unternehmer werfen auch kleine Verbesserungen für die Arbeitnehmer ab - so die Theorie. Doch aufgrund der schrumpfenden Profitraten und schärferen Konkurrenz suchen die Kapitalisten nach besserer Verwertung ihres Kapitals. Sie setzen Privatisierungen, Reallohnverluste, Rationalisierung und Abbau von Sozialleistungen sowie gesetzliche Deregulierung in der Wirtschaft und im Sozialbereich durch. Die SPÖ-Führung ist als Regierung maßgeblich an der Um-

setzung der Unternehmer-Politik beteiligt - ihre Maßnahmen decken sich weitgehend mit den Forderungen der Bundeswirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung und der ÖVP. Die SPÖ soll für die Kapitalisten ihre Forderungen durchsetzen - und gleichzeitig ihre Gewerkschaften ruhig halten, Arbeitskämpfe verhindern und politisch kaltstellen. Die derzeitige SPÖ-Politik schwächt die Gewerkschaften, entzieht ihnen wirtschaftliche Positionen durch Privatisierungen und neuen Gesetzen. Eindrucksvolle Beispiele sind der Machtverlust in der Verstaatlichten Industrie und in den ÖBB. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften und die Mitgliederzahlen schrumpfen beständig, an Nachwuchs bei Mitgliedern und Funktionären mangelt es chronisch.

Sozialdemokratie wandert nach rechts

Welche Rolle spielt die SPÖ in der Regierung? Wie würde die Gegenwehr der Gewerkschaften aussehen, wenn eine schwarz-blaue Regierung an der Macht wäre? So einfach diese Fragestellung ist, so schwierig ist die Beantwortung. Die SPÖ würde sich in der Opposition nicht einfach verändern, diese Hoffnung wäre eine gefährlich Fehleinschätzung. Eine Veränderung der FSG-Politik oder eine Änderung ihrer Dominanz im ÖGB würde nur durch eine starke Bewegung von der Basis erreicht werden.

Die SPÖ in der Opposition würde im wesentlichen genau die gleiche Politik wie jetzt betreiben, ebenso in einer Ampelkoalition (mit hellblau und grün). Internationale Beispiele sind Großbritannien oder Deutschland, wo die sozialdemokratischen Parteien längere Zeit in Opposition sind und ihre Politik stetig nach rechts wandert. In Großbritannien versucht die Labour-Führung unter dem verhinderten Shooting-Star Blair gerade, das Parteiprogramm von „Sozialismus“-Paragraphen zu säubern. Es gibt aber massive Gegenwehr aus den Gewerkschaften. In Frankreich ist die Sozialistische Partei am Rande der Auflösung und politisch vollkommen Bankrott.

FSG-Führung verhindert Kampf gegen Regierungspolitik

Die Gewerkschaftsführung der FSG soll also die aufgebrachte Basis über die Regierungspolitik der SPÖ („Sparpaket“ und Privatisierung) beruhigen und spontane Proteste der Beschäftigten verhindern - und tut dies auch. In dieser Situation hilft akti-

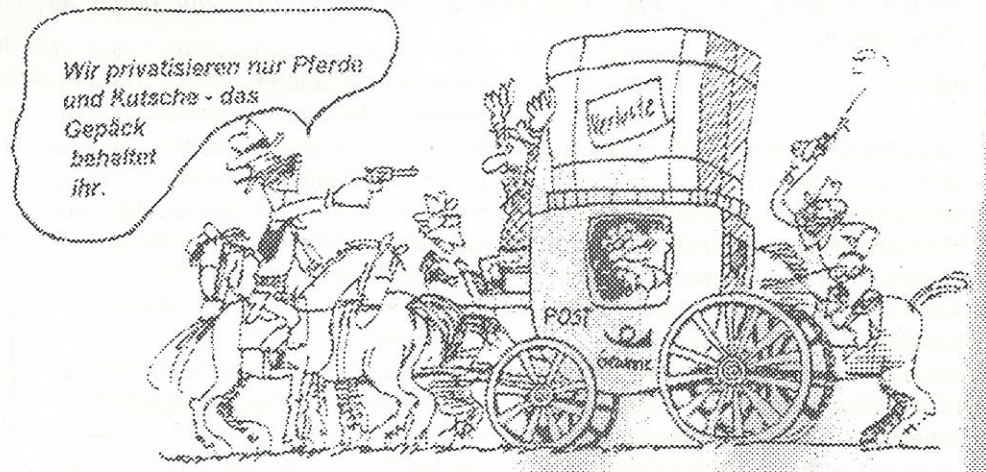
ven GewerkschafterInnen nur der konsequente Kampf gegen diese Regierungspolitik und gegen die sich verstärkenden Angriffe der Unternehmer, eben auch gegen die offizielle Linie des ÖGB. Der ÖGB beteiligt sich eben nicht an einer breiten Protestbewegung gegen das Belastungspaket der Regierung. Die ÖGB-Spitze hat das „Sparpaket“ ohne Kampf akzeptiert und damit der aufkeimenden Protestbewegung gegen den Sozialabbau das Wasser abgegraben. Wir werden daher auch nicht erfahren, wie sich eine offensive Mobilisierung der Gewerkschaften ausgewirkt hätte.

Die ÖGB-Spitze hat offensichtlich Angst vor den Auswirkungen eines Kampfes und der Konfrontation mit der Regierung auf ihre eigene Position. Denn im Falle eines Kampfes werden die vielen Funktionäre, Betriebsräte und aktiven Mitglieder Fragen und Forderungen stellen - und sie werden Antworten von der Führung verlangen: nach den Zielen und Forderungen der Gewerkschaften, nach der Taktik bei Arbeitskämpfen, nach mehr Demokratie und Transparenz im ÖGB, nach den Privilegien der Spitzenfunktionäre - und auch nach der Rolle der SPÖ und der FSG. Der bürokratische Apparat des ÖGB und die reformistische Haltung der FSG sind ein starker Hemmschuh für gewerkschaftliche Bewegungen und Kämpfe.

Die Loyalität von so manchen FSG-Funktionären zur SPÖ bekommt Risse

Die ersten Schritten zur Veränderung der Gewerkschaften wären vom SPÖ-Apparat unabhängige gewerkschaftliche Politik und Kämpfe. Der Kurs der SPÖ (in der Regierung) wird zu schweren Konflikten mit den Gewerkschaften führen. Im Raum stehen Fragen: Gelingt die Beschwichtigungspolitik des ÖGB? Diesmal haben sich die Funktionäre und die Beschäftigten mit Unterschriftenlisten als Protest beruhigen lassen. Aber wie lange noch? Wenn an der Basis und in den Betrieben die Empörung über den Sozialabbau und die Reallohnverluste ansteigt, wird der ÖGB reagieren. Aber wie? Mit kleinen, kontrollierbaren Aktionen (z.B. die Betriebsversammlungen bei den Wiener Stadtwerken im Dezember 1994) und verbaler Kritik (z.B. die Sallmutter-Rede am 13. Gewerkschaftstag der GPA 1994) wird Dampf abgelassen, Kritik in für die Regierung ungefährliche Bah-

nen kanalisiert und schließlich eingedämmt. Diese FSG-Führung ist eben nicht bereit, entgegen der Hoffnung linker Betriebsräte in der FSG, den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen. Aber in verschiedenen Gewerkschaften werden im Kleinen schon Veränderungen bemerkbar. Die Loyalität mit der Vranitzky-SPÖ bekommt Risse, die Gewerkschaften betonen ihre Überparteilich-



keit, neue unabhängige oder alternative Gewerkschaftsgruppen formieren sich (auch im Zuge der Arbeiterkammer-Wahlen 1994). Es gibt Gespräche zwischen unabhängigen (UG in der GÖD, KIV in der GdG) und alternativen (GE) Gewerkschaftsorganisationen über mögliche Kooperationen im ÖGB und bei Wahlen. Die Liste DFA in der AK-Wien versucht auch, Zusammenschlüsse der ImmigrantInnen-Listen zu erreichen. In den Betrieben gibt es jetzt eine Vielzahl von parteilosen Listen und Betriebsräten ohne Fraktionszugehörigkeit.

Verhältnis von Gewerkschaften und SPÖ ist widersprüchlich

Teile der Gewerkschaftsjugend versuchen auch, aus dem Kurs der Führung auszuscheren und stärker in die Öffentlichkeit zu gehen. Es gibt auch Versuche zur überfraktionellen Zusammenarbeit von fortschrittlichen und linken Betriebsräten und Gewerkschaftern. Doch alle diese Tendenzen stehen am Anfang. Der Kampf zur Veränderung der Gewerkschaften ist sicherlich kein geradliniger Weg, man darf sich keine Wunder über Nacht erhoffen. Nur konsequenter Kampf gegen die Regierungspolitik nach außen sowie um gewerkschaftliche Demokratie und kämpferische Politik in den Gewerkschaften kann Erfolge bringen.

Die Gewerkschaften und die Massenparteien der Arbeiterschaft werden mitein-

ander verbunden bleiben, dies liegt in der Natur der Organisationen. Nur, die Gewerkschaften müssen sich von der bürgerlichen SPÖ-Führung lösen, um die kommenden Arbeitskämpfe führen zu können. Dies heißt natürlich auch nicht, daß die reformistischen Illusionen in die Verbesserung der kapitalistischen Marktwirtschaft verschwunden sind. Um den Kampf gegen das

kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem (schließt auch den Kampf gegen seine Erscheinungen wie z.B. Massenarbeitslosigkeit, Armut und soziale Unsicherheit ein) wirksam führen zu können, ist eine sozialistische Partei notwendig.

Die Arbeiterbewegung braucht beides: politische Partei und Gewerkschaften. In der Praxis der täglichen politischen Arbeit ist das Verhältnis zwischen SPÖ und Gewerkschaften widersprüchlich - aufgrund der Politik der Sozialdemokratie und der reformistischen Führung des ÖGB. Da die Gewerkschaften von der Politik der SPÖ beeinflusst werden, stellt sich auch die Frage, ob die Sozialdemokratie in der Lage ist, den Kapitalismus wirksam zu bekämpfen und ob die Führung dies überhaupt will !?! ♦

Seit 1.1.1995 gilt für die etwa 100.000 Gewerbe-Angestellten ein neuer Kollektivvertrag (KV): Die KV-Gehälter werden um 3,6% erhöht, im Metallgewerbe gibt es eine Erhöhung der Ist-Gehälter um 3,5%, mindestens um 600 Schilling; plus einer einmaligen Sonderzahlung von 2.000 Schilling. (Diese einmaligen Sonderzahlungen haben einen Nachteil: Sie werden nicht in die Grundlage für die nächsten Gehaltserhöhungen eingerechnet.) Die Lehrlingsentschädigungen werden um 3,6% angehoben. ♦

Bricht Vranitzky Wahlversprechen?

„Es geht um viel. Es geht um Österreich.“ - Der Wahlslogan der SPÖ für den Nationalratswahlkampf 1994. Es gibt Mitglieder der FSG (Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter(innen) im ÖGB), die über das „Sparpaket“ empört sind. Völlig zurecht. Der Vorsitzende der FSG ist Koll. Nürnberger - ein SPÖ-Funktionär und SPÖ-Nationalratsabgeordneter. Hat es vor den Wahlen 1994 Kritik an der Parteiführung Vranitzky von Seiten der FSG gegeben?

NEIN!

Die FSG-Führung hat das Wahlprogramm der SPÖ ohne Kritik mitgetragen. Zum besseren Verständnis ein kurzes Zitat aus dem SPÖ-Wahlprogramm für die Nationalratswahl am 9.10.94 - Kapitel „Eine sozial gerechte Steuer- und Budgetpolitik: ...Mit der Abschaffung der Gewerbe- und Vermögenssteuer haben wir im Bereich der Unternehmensbesteuerung die größte Entlastung seit Bestehen der Zweiten Republik herbeigeführt und den Wirtschaftsstandort Österreich noch attraktiver gemacht. In Österreich wird sich durch diese zweite Etappe der Steuerreform die Rentabilität der Investitionen beachtlich erhöhen.“ Und ein paar Absätze weiter: „Die Staatsverschuldung muß auch aus verteilungspolitischen Gründen und zur Absicherung der erfolgreichen Hartwährungspolitik in Grenzen gehalten werden. **Es bedarf dazu einer strikten Ausgabendisziplin und größter Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung.**“

Nur ein Blabla-Text?

Es gibt also mehrere Möglichkeiten: Entweder die FSG-Funktionäre haben dieses Wahlprogramm nicht gelesen - weil sie darauf vergessen haben? Oder das Wahlprogramm der SPÖ hat niemand interessiert - weil es sowieso nur ein Blabla-Text ist, weil es niemand ernst nimmt oder weil Vranitzky eh nichts hält, was er schreibt? Oder Koll. Nürnberger kennt das Programm und hat sein Geheimnis für sich behalten und seinen Kollegen nicht weiter erzählt?

Es wäre aber gegenüber Vranitzky nicht gerecht, ihm vorzuwerfen, er hätte die Gewerkschaftsfunktionäre in der SPÖ überfahren. Ich neige also mehr zu der Vermutung, daß niemand dieses Programm gelesen hat. Es wird doch niemand annehmen, daß die FSG-Führung ihre Mitglieder beschließt. Oder? Denn wenn die FSG-Führung von der Politik Vranitzkys wüßte, könnte sie sich doch nicht so „aufregen“. Oder? Denn sonst wäre ja alles nur Show gewe-

sen - Dampf ablassen und zur Tagesordnung des bürokratischen ÖGB-Apparates übergehen. Aber immerhin: Die Koll. Nürnberger, Höger, Hostasch & Co. sind auch in der SPÖ-Führung vertreten und haben von nichts gewußt!? Sind das die Funktionäre, die sich die Gewerkschaftsbewegung verdient?

Uns reicht's - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich!

In Wirklichkeit unterscheiden sich Vranitzky und die FSG-Führung nur in Kleinigkeiten. Lassen wir uns von der gespielten „Radikalität“ von GPA-Vorsitzenden Sallmutter nicht täuschen. Es werden keine Wunder geschehen - mit dieser Führung ist kein Kampf zu gewinnen. Es ist höchst an der Zeit, an der Basis aktiv zu werden - in den Betriebsräten, in den SPÖ-Sektionen und in den FSG-Gremien. Viele FSG-Mitglieder sind genauso wie andere ArbeitnehmerInnen zu Recht aufgebracht über das Belastungspaket der Regierung und erwarten sich eine offensive und kämpferische Politik der Gewerkschaften. Es ist notwendig, auch in der SPÖ Opposition gegen diese Vranitzky-Politik aufzubauen.

Es gibt eine NEUE Initiative von SozialistInnen in der SPÖ: UNS REICHT'S - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich! Diese Plattform will: offene Diskussion in der SPÖ, linke Kräfte in der SPÖ zusammenfassen und durch sozialistische Politik die Gesellschaft verändern!

„Ein radikaler Kurswechsel ist notwendig, der sicher nicht allein durch das Auswechseln von einigen Funktionären vollzogen werden kann. Die SPÖ kann nur Stimmen gewinnen, wenn sie eine Politik im Interesse von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen macht. Kampf gegen Arbeitslosigkeit, gegen Wohnungsnot, gegen Flexibilisierung der Arbeitszeit, für starkes Anheben der unteren Einkommen und für Privilegien-

abbau muß auf der Tagesordnung stehen.“

Die Plattform „UNS REICHT'S - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich“
Wien, Februar 1995

P.S. Diese Plattform wird u.a. von SJ- und JG-Bezirken unterstützt. Die Plattform wird in nächster Zukunft Veranstaltungen durchführen (jeden Montag - 19 Uhr, Sozialistische Jugend 3, Lechnerstraße 2-4, 1030 Wien, Zentrum Erdberg). Information gibt es bei: Claudia Sorger, SJ 3, gleiche Adresse. ♦

Gehaltsabschluß bei Öffentlich Bediensteten und Post

Die Besoldungsverhandlungen für 1995 führten die GdG, GÖD und Postgewerkschaft mit Vertretern der Länder, Gemeinden und der Bundesregierung. Gehälter, Löhne und Beamtenpensionen werden einheitlich um 2,87% angehoben. Dienstzulagen und Nebengebühren werden ebenfalls mit 1.1.95 um diese 2,87% erhöht. Bei der GdG wurde dieses Verhandlungsergebnis im Zentralvorstand am 17.12.94 angenommen, allerdings mit den Gegenstimmen der 2 KIV-Vertreter. Hintergrund: Am 12.12.94 lautete das Angebot der Regierung: 2,95% Erhöhung, aber maximal 1.041 Schilling. Am 13.12. „erreichten“ die Verhandler der Gewerkschaften 2,87% für alle ohne Mindestbetrag. Es wurde keine Vereinbarung getroffen, die niedrigen Gehälter stärker anzuheben. Damit öffnet sich die Schere bei den Einkommen im öffentlichen Dienst weiter. ♦

Das Jahr 1994 brachte nach Auskunft des Sozialministeriums einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit: 215.000 Arbeitslose pro Monat wurden amtlich gezählt, um einen Jahresdurchschnitt zu errechnen. Das ist eine Verringerung um 3,3% (7.300 Personen) gegenüber 1993. Die Arbeitslosigkeit beträgt nach wie vor 6,5% (Die Vergleichszahl von 1993: 6,8%). (Quelle Volksstimme, 12.1.95) ♦

Die Chemie Linz GmbH. reduziert ihre Beschäftigten von 800 auf ungefähr 700. Betroffen werden Beschäftigte der Verwaltung als auch der Bereiche Forschung und Produktion sein.

(Volksstimme, 12.1.95) ♦

"Beamten-Sparpaket"

Die Ergebnisse der Verhandlung zwischen den Gewerkschaften Öffentlicher Dienst, Gemeindebedienstete und Post mit der Bundesregierung (Februar 1995):

Pensionsbeitrag:

Der derzeitige Pensionsbeitrag für pragmatisierte Bedienstete wird ab 1.5.1995 von 10,25% auf 11,75% angehoben. Diese Maßnahme gilt auch für die Beamten des Ruhestandes.

Gehaltsabkommen 1995:

Das derzeit laufende Gehaltsabkommen wird bis 31.3.1996 verlängert.

Rundungsbestimmungen:

Die ruhegenußfähige Gesamtdienstzeit wird künftig nicht in Jahren, sondern in Monaten ausgewiesen.

Der Steigerungbeitrag, der bei Übertritt in den Ruhestand anfällt, wenn die Hälfte der letzten Vorrückungszeit zurückgelegt wurde, entfällt.

Todesfallbeitrag:

Der Todesfallbeitrag von derzeit drei Monatsbezügen wird ab 1.6.1995 auf 150% der 2. Gehaltsstufe der Dienstklasse V umgestellt, dies sind öS 35.007,- für das Jahr 1995. (Diese Umstellung bedeutet eine drastische Senkung des Todesfallbeitrages.)

Haushaltszulage:

Die Grundbeträge von öS 40,- bzw. öS 150,- entfallen ab 1.5.1995. Der Kinderbeitrag wird allerdings geringfügig von öS 150,- auf 200,- pro Kind erhöht.

Vordienstzeiten:

Für alle Neueintritte in den Bundesdienst ab 1.6.1995 werden die sonstigen Vordienstzeiten nur mehr mit maximal drei Jahren berücksichtigt. Alle anderen Anrechnungsbestimmungen bleiben aufrecht.

Pensionsanspruch:

Für alle Neueintritte in den Bundesdienst ab 1.6.1995 wird der volle Pensionsan-

spruch erst mit 40 Dienstjahren (bisher 35 Dienstjahre) erreicht, sofern sie in ein pragmatisches Dienstverhältnis übernommen werden.

Fahrtkostenzuschuß:

Der Eigenanteil am Fahrtkostenzuschuß wird in 2 Etappen (1.6.95 und 1.1.96) von derzeit öS 360,- auf 480,- erhöht.

Belohnungen:

Im Bereich des Bundesdienstes werden die Belohnungen um ca. 20% gekürzt.

Außerdem:

Im Bundesdienst werden die Überstunden um 10% reduziert und ein vorübergehender Aufnahmestopp wurde verkündet.

Alle angeführten Maßnahmen werden, um für Landes- und Gemeindebedienstete wirksam werden zu können, in den jeweiligen Landtagen beschlossen, soweit jedoch Überstunden- und Planstellenkürzungen vorgesehen sind, hängt dies von Verhandlungen in den einzelnen Städten und Gemeinden zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern ab.

Laut „Bereit für die Zukunft“ - Nachrichten für Vertrauenspersonen in der Gewerkschaft für Gemeindebedienstete (Nr. 74, 6.2.1995) bewirken alle diese Maßnahmen „eine Minderung der Personalausgaben des Bundes in der Höhe von 3,6 Milliarden Schilling für das Jahr 1995 und 6,3 Milliarden Schilling für das Jahr 1996. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Bund, Gemeinde, Post) sind bei diesen Verhandlungen bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten gegangen.“

Besonder stolz stellt die Zeitung der GdG fest: „Mit diesem Verhandlungsergebnis haben alle öffentlich Bediensteten einen wesentlichen Beitrag zur Budgetkonsolidierung, zur Erhaltung des sozialen Friedens und der politischen Stabilität unseres Landes geleistet.“

Bereits im Dezember 94 stand in den „Nachrichten für Vertrauenspersonen“ der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (Bereit für die Zukunft, Nr. 71 vom 13.12.94): „Die von der Bundesregierung geplanten Sparmaßnahmen für den öffentlichen Dienst waren nicht Gegenstand der Verhandlungen (über den Gehaltsabschluß 1995, die Redaktion) und werden von den Gewerkschaften weiterhin kategorisch abgelehnt.“

Doch wen interessiert schon, was im letzten Jahr geschrieben wurde? ◆

Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter(innen) im ÖGB

aus dem Statut der SPÖ
(Bundesparteitag Juni 1993)
Kapitel V. Sozialdemokratische Referate und Organisationen

Paragraph 60:

(1) Für die Parteitätigkeit in den Betrieben und Dienststellen sorgt die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter(innen) im Österreichischen Gewerkschaftsbund.

(2) In ihren Aufgabenbereich fällt die Führung von politischen Aktionen, die Durchführung von Wahlen, die allgemeine Werbe-, Propaganda- und Schulungstätigkeit in den Betrieben, entsprechend dem Programm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und den Beschlüssen der zuständigen Organisationen sowie den Richtlinien der Bundesfraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter(innen) im Österreichischen Gewerkschaftsbund.

(3) Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) werden in jedem Betrieb (Dienststelle) erfaßt und bilden die Betriebsfraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter(innen). Sie wählen aus

ihrer Mitte den Ausschuß der Betriebsfraktion. Der (die) Verantwortliche soll möglichst ein aktiver Betriebsrat oder Personalvertreter(in) sein.

(4) Die einzelnen Betriebsfraktionen werden in Bezirksfraktionen und in Landesfraktionen der einzelnen Gewerkschaften zusammengefaßt. Die Bezirksfraktionen bilden gemeinsam die Bezirksgruppen, die Landesfraktionen die Landesgruppen der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter(innen) im Österreichischen Gewerkschaftsbund.

(5) Die Bundesfraktion besteht aus Funktionär(inn)en des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, die der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) angehören. Die Tätigkeit der Fraktion wird durch Richtlinien geregelt, die einvernehmlich mit dem Bundesvorstand festgelegt werden.

(6) Die Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaftsfraktion auf Landes-, Bezirks- und Ortsebene erfolgt entsprechend den Statuten der Landesorganisationen und den Richtlinien der Gewerkschaftsfraktion, insbesondere durch gegenseitige Delegation.

(7) Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter(innen) im Österreichischen Gewerkschaftsbund hat Rechtspersönlichkeit. ◆

SPÖ-Information - Ausgabe 8/1993

Am Donnerstag, den 16. Februar 1995 war im Standard zu lesen:

„Bartenstein will rasch Eisenbahnergeld

Wien - Der Staatssekretär im Verkehrsministerium, Martin Bartenstein, urgiert bereits eine Anhebung der Pensionsbeiträge bei den ÖBB auf die heuer den Beamten abverlangte Quote von 11,75 Prozent. Einen entsprechenden Verhandlungsauftrag hatte Verkehrsminister Viktor Klima vor einer Woche den ÖBB-Chefs erteilt.

Ziel der Quotenerhöhung ist es, den Pensionsbeitrag der Eisenbahner von derzeit von 10,5 auf 11,75 Prozent anzuheben. Die ÖBB-Pensionisten sollen 1,75 statt 0,25 Prozent zahlen. Der erhöhte Arbeitnehmerbeitrag würde 500 Millionen Schilling zu-

von den Eisenbahnern. Im Zentrum ihrer Wünsche steht die Erhöhung des Pensionsbeitrages (wie bei den Beamten) um 1,5 Prozent - auch für Pensionisten!

Eines ist klar: Das waren nicht die letzten Angriffe auf die ÖBB-Belegschaft. Die Regierung argumentiert jetzt: *Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (GÖD, GdG und Post) haben ja der Erhöhung des Pensionsbeitrages und anderer Kürzungen des Einkommens bereits zugestimmt. Was wollt ihr?* - Die Gewerkschaft der Eisenbahner ist völlig in der Defensive. Sie wird mit dem offiziellen Defizit der ÖBB von der Regierung erpreßt. Die Regierung macht die Eisenbahner in der Öffentlich-

Gegenwehr, um die Pläne der Regierung zu vereiteln. Die Gewerkschaftsführung riskiert, daß sich die Kollegen und Kolleginnen frustriert von der Gewerkschaft abwenden und resignieren.

Jetzt muß gehandelt werden! ♦

Der Gewerkschafts Stammtisch

Wir sind eine Gruppe von GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen oder an Gewerkschaftsarbeit interessierte Menschen. Wir sprechen über aktuelle Fragen der Gewerkschaftsbewegung, über Probleme der Betriebsarbeit, über den ÖGB und die Arbeiterkammer, über... Wir wollen ein Netz von engagierten GewerkschafterInnen aufbauen. Wir wollen uns einmischen und Aktivitäten planen, sei es bei der "Plattform gegen das Belastungspaket" oder bei Arbeitskämpfen. Voraussetzung für unsere Aktivitäten ist Information. Und diese Information wollen wir uns beschaffen und anderen anbieten.

Wir treffen uns regelmäßig.

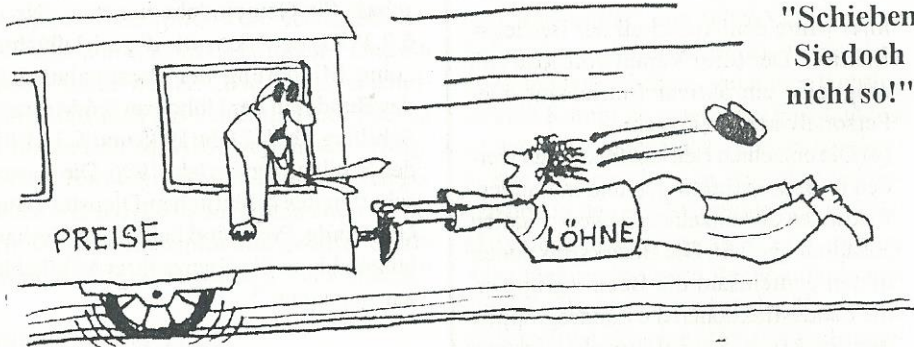
jeden 2. und 4.

Mittwoch im Monat
im Café G'schamster Diener,
Stumpergasse 19, 1060 Wien
(Infos unter: 597 0 432)

Willst Du eine Einladung zum nächsten Treffen bekommen? Willst Du Dich aktiv in der Gewerkschaftsbewegung engagieren? Bist Du interessiert an Kontakten mit linken Gewerkschaftern und interessanten Diskussionen?

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat. Ort und Thema werden durch Aussendungen bekanntgegeben. ♦

Schreib uns oder ruf einfach an:
Michael Gehmacher,
c/o VORWÄRTS, PF 2, 1082 Wien.
Die Telefonnummer:
0222/59 70 432.



sätzliche Einnahmen bringen. (APA)“

Kurz vor Weihnachten 1994 wurde zwischen der Eisenbahner-Gewerkschaft und dem ÖBB-Vorstand ein neues Dienst- und Pensionsrecht, das weitreichende Änderungen bringt, in Grundzügen fixiert. (VORWÄRTS 1/95 brachte ein Interview mit dem Jugendsekretär Stöger.) Vereinbart wurde außerdem ein erhöhter Kündigungsschutz, der automatisch nach bestimmten Jahren eintritt. Dieser automatische Kündigungsschutz sollte für verschiedene Berufsgruppen in der ÖBB gestaffelt eintreten. Doch die Regierung (Verkehrsminister Klima) akzeptierte diesen Kündigungsschutz nicht. Anfang Februar 1995 gab die Gewerkschaft nach: Der erhöhte Kündigungsschutz kann vom Vorstand einzelnen Beschäftigten gewährt werden - muß aber nicht. Und jetzt: Gleich nach Abschluß des „Beamten-Sparpakets“ verlangen Klima (SPÖ-Verkehrsminister), Bartenstein (ÖVP-Staatssekretär) & Co. weitere Kürzungen und Belastungen

keit schlecht. Wir kennen alle die Meinung der Boulevard-Presse a la Kronen Zeitung: *Die Eisenbahner haben so viele Privilegien, gehen viel zu früh in Pension, arbeiten nichts u.s.w.* Eine zu durchsichtige Taktik zur Verhinderung von Arbeitskämpfen der Eisenbahner. Die Gewerkschaft der Eisenbahner hat einen hohen Organisationsgrad und noch starken Rückhalt bei den Beschäftigten. Doch bis jetzt ist nichts geschehen. Gibt es vielleicht bundesweit Konferenzen der Vertrauenspersonen? Gibt es offensive Stellungnahmen der Gewerkschaftsführung? Wird über Kampfmaßnahmen nachgedacht?

Die Gewerkschaft müßte jetzt klar Stellung beziehen und sich auf einen langen und harten Kampf vorbereiten. Der erste Schritt wäre die Mobilisierung der Eisenbahner zur Gegenwehr. Wieviele Kürzungen und Einsparungen will die Gewerkschaftsführung denn noch akzeptieren? Mit jedem Tag schwinden die Möglichkeiten zur

Schüler Aktions Plattform

Das Sparpaket bedeutet vor allem im Bildungsbereich enorme Kürzungen. Verbunden ist das noch mit den konservativen Schulvorstellungen des neuen Unterrichtsministers Busek.

Sonja Grusch

Die geplanten und teilweise bereits beschlossenen Maßnahmen sind:

- ⊖ 10% Selbstbehalt bei Schulbüchern und in ein paar Jahren die Wiedereinführung der „Schülerlade“,
- ⊖ 10% Selbstbehalt bei den „Schülerfreifahrten“,
- ⊖ Ausschöpfen der Klassenschüler höchstzahl, d.h. 36 Schüler pro Schulklasse,
- ⊖ Heraufsetzen von Teilungsziffern bei Sprachen und Mindestanmeldungen bei Wahlpflichtfächern,
- ⊖ 45 Min./Stunde (vorerst hinausgeschoben),
- ⊖ Erhöhung der Lehrverpflichtung (vorerst hinausgeschoben),
- ⊖ Förderung von „Hochbegabten“ und von Eliteschulen,
- ⊖ Beendigung von Schulversuchen,
- ⊖ Trennung in Kern- und Zusatzstoff sowie stärkere Differenzierung zwischen Haupt- und Mittelschule.

Dazu kommen noch Buseks Vorstellungen von Leistung, Noten und Elitenförderung. Die Richtung, in die das alles

geht, ist klar. Mehr Streß an den Schulen, die Ausbildung wird noch mehr an den Interessen der Wirtschaft orientiert. Durch die „Selbstbehalte“, die auf Dauer Richtung Schulgeld gehen, führen dazu, daß sozial Schwache von den Schulen gedrängt werden. In Deutschland, wo schon seit Jahren massiv im Schulbereich gekürzt wird, und wo es eine Schülerlade gibt (die allerdings nur bedeutet, daß sich die Schüler einen Großteil der Bücher kaufen müssen) hat das dazu geführt, daß der Anteil an Arbeiterkindern an höheren Schulen merkbar zurückgeht!

Die Busek-Vorstellungen passen auch gut zu dem Modell „Wenige (betuchte) Schüler auf Eliteschulen mit Uni-Zugang, die Masse an Mittleren Schulen, um später als Fach- und Bürokräfte zur Verfügung zu stehen, und der Rest auf Hauptschulen mit möglichst wenig geistiger Ausbildung, um diese später als Hilfsarbeiter ausbeuten zu können“. Busek ist und bleibt ein Mann der Wirtschaft, auch wenn er sich als Schulpolitiker tarnt.

Um gegen diese Maßnahmen vorzugehen, haben sich nun SchülerInnen zur Schüler Aktions Plattform zusammengeschlossen. Ziel ist es, sowohl Sparpaket, als auch die konservativen Busekvorschläge zu Fall zu

bringen. Es gibt Veranstaltungen an verschiedenen Schulen, Diskussionen etc. Am 25.3., am Tag der bundesweiten Demo gegen das Sparpaket, werden wir in möglichst vielen Schulen Aktionstage machen!

Vor der Gründung der SAP gab es am 24.2.95 eine Demo über die Maiahilferstraße, bei der die SchülerInnen mit „Busek spar Dich selber ein“ und „Spart Euch Euer Sparpaket“-Rufen klar machten, worum es geht. Bei der anschließenden Gründungsveranstaltung waren SchülerInnen aus über 20 Schulen aus 4 Bundesländern anwesend. Die Schüler aus verschiedenen Schultypen (AHS, HS, BS, HAK, HTL....) stellten die folgenden Forderungen auf:

- ⊖ Keine Kürzungen im Bildungsbereich, Schule muß für jeden leistbar sein!
- ⊖ Keine Selbstbehalte, keine Schülerlade!
- ⊖ Keine größeren Klassen bzw. Gruppen!
- ⊖ Verbesserte Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen hin zu alternativen Unterrichtsformen!
- ⊖ Keine Eliteschulen!
- ⊖ Gesamtschule bis 15 Jahre und praxisbezogener Unterricht!
- ⊖ SchülerInnenmitbestimmung!
- ⊖ Laßt doch die Reichen zahlen!

Und das ist erst der Anfang!

Gerade Jetzt: *VORWÄRTS* - die sozialistische Zeitung!

Einfach abonnieren - an *VORWÄRTS* schreiben:

VORWÄRTS, Postfach 2, 1082 Wien

Einfach Geld überweisen (öS 100.- für 10 Nummern):

Das *VORWÄRTS*-Abo-Konto - PSK 8812.733

DIE EINHEIT!

Eine neue Gewerkschaftszeitung.

Spendet! Wir brauchen EURE Unterstützung!

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733!

Abonniert *DIE EINHEIT*!

10 Ausgaben Einheit und jede Menge Infos für 100 Schilling!

Einfach auf unser Abo-Konto überweisen: PSK 8812.733!

VORWÄRTS und *DIE EINHEIT*
gemeinsam öS 150.- für 1 Jahr

Im *VORWÄRTS*-Shop zu haben (inklusive Porto):

- ⊖ das *VORWÄRTS*-Programm (35.-)
- ⊖ Mexiko-Broschüre (25.-)
- ⊖ 100 Jahre SJ - Ein kritischer Abriß (40.-)
- ⊖ Sparpaket (10 Stück: 30.-)

⊖ "Gegen Nazis" T-Shirts (120.-)

Wir freuen uns über jede Spende!

Spenden garantieren die Erscheinung von Vorwärts und *DIE EINHEIT*!

Mit Euren Spenden organisieren wir den Widerstand gegen den Sozialabbau!

Das *VORWÄRTS*-Spendenkonto: PSK 8812.733

1 Jahr OFFENSIV in der ÖMV

Im Oktober 1993 wurde die Betriebsratsliste OFFENSIV gegründet. Wir traten mit dem Ziel an, mehr Demokratie in den Betrieb zu bringen. Der Betriebsrat (BR) der ÖMV wurde bis dahin von FSG und ÖAAB/FCG dominiert. Die MitarbeiterInnen wurden vom BR „vertreten“ (nach dem Motto „Wir vom BR machen das schon für Euch“), in koalitionärer Einheit mit (wenn überhaupt) einseitiger Information gefüttert und alle vier Jahre zur Wahlurne geführt.

● Robert Müller;
Liste Offensiv
in der ÖMV

Auf Privatisierung und Personalabbau gab es keine nennenswerten Reaktionen des Betriebsrates. Kritische Stimmen innerhalb der FSG-Fraktion wurden von Fraktions- und Betriebsratsvorsitzenden völlig undemokratisch abgewürgt. Von dieser Situation ausgehend arbeiten wir seit über einem Jahr aktiv im Betrieb und können inzwischen einige sehenswerte Ergebnisse aufweisen. Der erste OFFENSIV-Erfolg, noch vor der BR-Wahl und dem ersten Mandat, war die Durchsetzung des Wahlrechts für Leiharbeitskräfte. In der BR-Wahl im Dezember 1993 erreichten wir auf Anhieb ein Mandat (ca. 10% der Stimmen).

Solidarität, gleiche Vertretung unterschiedlicher Gruppen (z.B. auch Leiharbeitskräfte), Information und Mitbestimmung der Belegschaft sind unsere Grundwerte. Unser regelmäßig erscheinendes Informationsblatt, das wir rein aus Spenden von KollegInnen finanzieren, hat nicht nur breiten Anklang unter den KollegInnen gefunden, es hat auch das Niveau und den Informationsgehalt der Zeitungen der beiden großen Fraktionen entscheidend verbessert (wenn sie's nicht schreiben, schreiben wir's). Wir halten mindestens einmal monatlich für alle

Interessierten Informationssitzungen ab, in denen wir aus dem Betriebsrat informieren, aktuelle Ereignisse diskutieren und Vorgangsweisen demokratisch abstimmen.

Mit breiter Beteiligung aus unserer Runde wurden je 2 Resolutionen für die Betriebsversammlung und für die Betriebsrätekonferenz erstellt (gegen das Personalabbauprojekt „Delta“ und gegen Ausgliederung durch Fremdvergaben). Unter dem Druck der Fraktions-„Führer“ wurden diese Resolutionen allerdings mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, obwohl der Inhalt bei vielen KollegInnen Zustimmung fand (!). Weiters bieten wir natürlich Serviceleistungen für alle KollegInnen und können die Werbung von einigen ÖGB-Mitgliedern auf unser Konto schreiben. Die regelmäßige Durchführung von Betriebsversammlungen (wie gesetzlich vorgeschrieben 1 x pro Halbjahr) versuchen wir durch ständiges Auffordern und Erinnern durchzusetzen, die BR-Vorsitzenden versuchen, sich immer darum zu drücken. ♦

**Angriffe auf
ArbeitnehmerInnenrechte -
SPÖ contra ÖGB?
mit Rudolf Nürnberger
(Vorsitzender der FSG)
27.4.95 um 19 Uhr
20; Allerheiligenplatz 17**

Die asoziale Steuerreform

Die in Österreich beschäftigten ArbeitnehmerInnen müssen dieses Jahr und 1996 einen massiven Anstieg der Lohnsteuerbelastung hinnehmen. Die Unternehmersteuern werden nach der jüngsten Prognose des Finanzministeriums nicht ansteigen. Die Steuereinnahmen sollen zwar heuer geringfügig um 1,3 Prozent auf 517,5 Milliarden Schilling sinken, der Rückgang ist aber ausschließlich auf die Verschiebung von Steuerterminen bei der Umsatzsteuer zurückzuführen, die aufgrund des EU-Beitritts eintritt.

Die Unternehmersteuern werden 1995 (auch wenn die geplante Erhöhung der Kommunalabgabe kommt) bei 79 Mrd. Schilling stagnieren. 1996 ist eine leichte Steigerung prognostiziert (auf 82 Mrd. Schilling). Dieser Trend wird durch vor allem durch die letzte Steuerreform verursacht. Die Vermögens- und Gewerbesteuer wurden abgeschafft. Die wirtschaftliche Rezession führte auch zu einer Reduzierung der Gewinne.

Der Anteil der Unternehmenssteuern an den gesamten Abgabenerlösen sank von 16,74 Prozent im Jahr 1993 auf heuer 15,15 Prozent. Bis 1998 soll dieser Anteil laut einer Prognose des Finanzministeriums weiter auf 13,92 Prozent zurückgehen. Ohne die geplante Kommunalabgabe würde der Anteil heuer auf 12,9%, bis 1998 auf 12,8% sinken.

Die lohnsteuerpflichtigen ArbeitnehmerInnen müssen heuer mit 150,5 Milliarden Schilling deutlich mehr Steuern zahlen als im Vorjahr. Für 1996 ist eine weitere Steigerung auf 165 Mrd. Schilling prognostiziert. Insgesamt müssen die Beschäftigten damit innerhalb von 2 Jahren einen Anstieg der Lohnsteuer um 22 Prozent hinnehmen. Der Anteil der Lohnsteuer an den Gesamtsteuereinnahmen wächst von 26,6 Prozent im Jahr 1993 auf 29,8 Prozent im Jahr 1996 - so die Prognose des Finanzministeriums.
(Tageszeitungen, 20.2.95) ♦

UNS REICHT'S

SozialistInnen in der SPÖ wehren sich!

Liebe Genossinnen!

Liebe Genossen!

Das katastrophale Ergebnis für die SPÖ bei der Nationalratswahl 1994 und das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen haben einmal mehr gezeigt, welche Auswirkungen die Politik der Parteiführung hat. Diese Politik der letzten Jahre war und ist dominiert vom Abbau sozialer Errungenschaften.

Die SPÖ hat in den letzten Jahren den Privatisierungskurs voll mitgetragen. Um die Betriebe privatisierungsreif zu machen, muß bereits vorher Personalabbau und Kürzungspolitik betrieben werden. 100.000 ArbeitnehmerInnen haben noch Anfang der 80er Jahre in der Verstaatlichten Industrie gearbeitet, jetzt kaum noch die Hälfte. Und die Privatisierung wird radikal weitergetrieben (Bank Austria, CA, Energieversorgungsunternehmen, Tabakwerke, Salinen und weitere sind geplant - z.B. Post und ÖBB).

In der Sozialdebatte zeigte sich die Rolle der SPÖ schon vor der Wahl. Nicht nur, daß den Einsparungsplänen der ÖVP nichts entgegeng gehalten wurde, brachten hohe SPÖ-Funktionäre wie Hesoun und Lacina selbst reaktionäre Vorschläge wie Einführung von Studiengebühren, Einrichtung einer „Durchleuchtungskommission“ des Sozialsystems, Ende der Gratis-Schulbuchaktion etc. ein.

Trotz der Beteuerungen, daß durch das neue Mietrechtsgesetz Wohnen wieder leistbar würde, hat sich die Situation am Wohnungsmarkt weiter verschärft. Durch das Richtwertsystem wurde ein Großteil

der Wohnungen noch teurer als bisher, den Miethaien wurde kein Riegel vorgeschoben.

Die SPÖ machte sich mit den ausländerInnenfeindlichen Gesetzen zum Erfüllungsgehilfen Haider und wälzte damit Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot auf AusländerInnen ab. Kein einziges der sozialen Probleme wird durch diese Gesetze gelöst, sondern im Gegenteil verschärft. Der Zugang für AusländerInnen zum Arbeitsmarkt wurde nach den Koalitionsverhandlungen noch restriktiver. Die Quote für ausländische ArbeitnehmerInnen wurde auf 8% gesenkt und das bedeutet, daß 30.000 von Abschiebung bedroht sind. Ausländische und inländische Arbeitskräfte werden durch diese Politik gegeneinander ausgespielt, AusländerInnen werden zu Arbeitsklaven für die Unternehmer.

Die Haltung der SPÖ-Führung bei den Regierungsverhandlungen und das beschlossene Belastungspaket zeigen, daß Vranitzky & Co. weiter auf ihrem bürgerlichen Kurs, verbunden mit der Anbiederung an die ÖVP bleiben. Von Budgetkonsolidierung ist die Rede, doch geplant ist Sozialabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingung (wie z.B. Anhebung der Höchstgrenze für die tägliche Normalarbeitszeit), die nichts mit „Sparen“ zu tun haben. Milliarden werden „eingespart“, und zwar auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und der sozial Schwachen. Und das, obwohl schon die vergangene Steuerreform den Unternehmern mehr als zehnmals soviel brachte wie durchschnittlich den ArbeitnehmerInnen. Von „Politik für

die Arbeitnehmer“ nichts zu sehen!

Da es die SPÖ nicht geschafft hat, die bestehenden Probleme zu lösen, kann die FPÖ mit sozialer Demagogie den Protest gegen die SPÖ für sich nutzen. 30% der ArbeiterInnen wählten die FPÖ und sie wird weiter zulegen. Eine FPÖ/ÖVP-Koalition scheint für 96 oder 98 eine durchaus realistische Möglichkeit zu sein.

Ein radikaler Kurswechsel ist notwendig, der sicher nicht allein durch das Auswechseln von einigen Funktionären vollzogen werden kann. Die SPÖ kann nur Stimmen gewinnen, wenn sie eine Politik im Interesse von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen macht. Kampf gegen Arbeitslosigkeit, gegen Wohnungsnot, gegen Flexibilisierung der Arbeitszeit, für starkes Anheben der unteren Einkommen und für Privilegienabbau muß auf der Tagesordnung stehen.

Politik in dieser Richtung ist sicher nicht mit dieser Parteiführung und in einer Koalition mit der ÖVP möglich. Der Bruch der Koalition wäre die erste Voraussetzung für einen Kurswechsel. Die SPÖ setzt unter der ständigen Drohung einer blau-schwarzen Koalition dem Angriff der Bürgerlichen immer weniger entgegen.

„Reden wir darüber“ ist ein schöner Titel, doch es ist zu wenig, wenn die Basis in der Partei redet und die Parteiführung ignorant und vollkommen abgehoben davon handelt wie bei dem jetzt beschlossenen „Sparpaket“. Unmut und Widerstand beginnen, sich zu regen, und es ist wichtig, diesen Widerstand zusammenzufassen und zu organisieren, gemeinsam zu diskutieren und Aktionen zu planen. ♦

NIE WIEDER FASCHISMUS

Der rechtsradikale Terror in Österreich hat gefährliche Ausmaße angenommen. Die Briefbombenserie und die Bombenattentate von Oberwart und Stinatz sind traurige Höhepunkte in der Geschichte der 2. Republik. So furchtbar die Bombe von Oberwart ist, sie fiel nicht vom Himmel. Engagierte AntifaschistInnen wußten um die Gefahr von rechts und wiesen immer wieder darauf hin.

● Andrea Koch; Betriebsrätin (ÖMV-Wien, Liste Offensiv)

Auch wenn immer wieder davon geredet wurde, wirklich aufgearbeitet wurde die Geschichte Österreichs in der Öffentlichkeit nie. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg wurde der Mantel des Vergessens ausgebreitet, um die, die irgendwie in die Verbrechen des Nationalsozialismus verwickelt waren - und es waren verdammt viele, vor allem an den Schaltstellen der Macht - nicht zu brüskieren. SPÖ und ÖVP buhlten um die Stimmen der ehemaligen Nazis, die bereits 1947 wieder wählen durften. 1949 wurde der VdU (Verband der Unabhängigen, Vorläufer der FPÖ) gegründet, um „Ehemaligen“ eine Chance zu geben, sich in einer „demokratischen“ Partei zu organisieren.

Die intensiven Kontakte der FPÖ zur rechtsradikalen Szene sind historisch begründet und waren logischerweise immer vorhanden. Rechtsextreme Organisationen bezeichnen die Freiheitlichen als „ihre Partei“ - und stellen nicht selten Kandidaten auf Wahllisten. Diese Tatsachen sind seit langem mehrfach bekannt und dokumentiert. Die Aufzeichnungen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes (DÖW) werden einfach ignoriert, die staatliche Exekutive läßt die rechte Szene ungeschoren usw. Man will einfach nicht zuviel aufdecken. Zu viele „Freunde“ aus Politik und Wirtschaft wären betroffen, zu viele zarte Bande wären gefährdet. Auch das hat Tradition. Mandatäre und Funktionäre der ÖVP liebäugeln immer wieder mit weit rechts stehenden Organisationen. Die SPÖ-Führung war viel mehr damit beschäftigt, ehemalige Widerstandskämpfer und Linkssozialisten in der Partei zu entmachten und auszuschließen, als sich um die braunen Flecken in den eigenen Reihen zu kümmern.

Und die Opfer des Nationalsozialismus? Auf die brauchte man offenbar nicht so Rücksicht zu nehmen, wie auf einige Herren mit brauner Vergangenheit. Roma und Sinti, die von den Nazis beinahe ausgerottet worden waren, wurden erst 1993 (!) als Volksgruppe mit Rechten anerkannt. Allerdings warten sie bis heute auf eine finanzielle „Entschädigung“.

Anstatt den aufkeimenden Faschismus zu bekämpfen, vollzieht die Regierung aus Angst vor den Haider-F eben deren Politik und führt menschenverachtende Ausländergesetze ein. Dadurch werden die Ideen des Rechtsradikalismus und Faschismus erst salonfähig gemacht - Ausländerfeindlichkeit kann doch dann nichts Böses ein, oder? Rechtsradikale Organisationen gelangen so förmlich zur Hochblüte.

Mobilisierung gegen Rechts ist für die Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen ein Gebot der Stunde. Auch der ÖGB muß für antifaschistische Aufklärung in den Betrieben, an Schulen und Universitäten sorgen. Gerade die Gewerkschaften sollten aufzeigen, daß eine Politik, die immer mehr soziale Probleme verursacht, die immer mehr Menschen an den Rand dieser (kapitalistischen) Gesellschaft drängt, die Grundlage schafft, auf der ein rechter Populismus eines Haider Früchte trägt. Durch die steigende Arbeitslosigkeit und die immer größere soziale Not (Sparpaket!) ist der soziale Nährboden für den Rechtsradikalismus aufbereitet.

Die Gewerkschaften sollten die Zusammenhänge erkennen und in die Gegenoffensive gehen. Statt dessen spielt die ÖGB-Führung seit Jahren beim Sozialabbau mit. Sie spielt mit, wenn Arbeitnehmergruppen gegeneinander ausgespielt werden, wie jetzt beim Sparpaket. Sie spielt mit,

wenn in- und ausländische Kollegen gegeneinander ausgespielt werden. Fast scheint es, als wurde der Gedanke der „Solidarität“ durch eine gemeinsame Ausländerfeindlichkeit ersetzt. Es wurde verabshäumt, zu erklären, daß in- und ausländische ArbeitnehmerInnen gemeinsame Interessen haben - und einen gemeinsamen Gegner: das Kapital. Die Unternehmenseite versucht, uns auseinanderzudividieren und gegeneinander aufzuhetzen, um unsere Arbeit, unsere Löhne und unsere Rechte niedrig zu halten. Dieser Gegensatz ist nicht überholt - im Gegenteil: die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer.

Der ÖGB muß umdenken. Eine derartige kompromißlose Herangehensweise ist unbequem, und sie erfordert Handlungen. Aber um den Faschismus zu bekämpfen, darf man nicht auf halbem Weg stehenbleiben. Bereits einmal in der Geschichte wurden die Nazis als „blöde Buam“, „ein paar Irre“ abgetan. Als man die Gefahr erkannte, war es bereits zu spät. Damit unsere Enkelkinder nicht, wie viele von uns als Jugendliche, später fassungslos über den Geschichtsbüchern sitzen und sich fragen: „Wie konnten sie das zulassen?“
Wehret den Anfängen! ◆

Aktiv werden bei JRE

gegen Rassismus und Faschismus

Was ist JRE?

Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ist eine überparteiliche, unabhängige und europaweite Jugendorganisation. In 16 europäischen Ländern hat JRE insgesamt an die 15.000 Mitglieder. JRE kämpft gegen Rassismus und Faschismus - mit allen notwendigen Mitteln!

Informationen über Jugend gegen Rassismus in Europa bei:
JRE, Postfach 8, 1061 Wien.

Am 1. und 2. April JUGENDKONGRESS von JRE im HdB Praterstern, 1020 Wien (Sa. 13.30/ So. 12.00). ◆